

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Die zurückliegende Sitzungswoche des Bundestages stand ganz im Zeichen des Bauhaushalts für das aktuelle Jahr und des Ausblicks auf die nächsten vier Jahre. Die Zahlen sind ernüchternd. War der neue Bundesfinanzminister Christian Lindner noch mit dem Versprechen einer soliden Haushaltspolitik angetreten, so ist der Minister von der FDP dabei, zum größten Schuldenmacher in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu werden. Dabei unternimmt die Ampel der Versuch, die echten Zahlen mit einer Reihe von Tricks zu verschleiern. Eine überschlägige Berechnung ergibt allerdings, dass bei der Neuverschuldung am Ende tatsächlich die 300 Milliarden Euro-Grenze übersprungen werden könnte. Denn die Ampelkoalition macht lieber Schulden, als sich der Mühe der Begrenzung der Ausgaben zu unterziehen.

Und nicht nur das: Aus der mittelfristigen Finanzplanung wird deutlich, dass die Ampelkoalition auch nicht zu einer soliden Haushaltspolitik der schwarzen Null zurückkehren will. Für die Jahre ab 2023 sind weitere Schuldenaufnahmen vorgesehen - und das mit steigender Tendenz. Dabei ist ohnehin schon zweifelhaft, dass der Bundes-

finanzminister im nächsten Jahr mit den von ihm berechneten 7,5 Milliarden Euro neuer Schulden auskommen wird.

Unterdessen weckt das Sondervermögen, mit dem die Ampelregierung Geld für die Ausrüstung der Bundeswehr an der Schuldenbremse vorbei ausgeben will, Begehrlichkeiten auch auf anderen Feldern. Der DGB forderte bereits ein zusätzliches Sondervermögen für Soziales und Umwelt. Auf Landesebene preschten die Grünen in Niedersachsen vor und verlangten ein fünf Milliarden Euro teures Sondervermögen zur Unterstützung von Flüchtlingen.

Mit der Idee „Sondervermögen“ droht Deutschland, die Kontrolle über seinen Haushalt zu verlieren. Denn das Sondervermögen ist ja kein Vermögen, sondern es sind Schulden am regulären Haushalt vorbei, die zurückgezahlt werden müssen. Die Schulden von heute aber sind die Fesseln der Gestaltung von morgen. Sie nehmen der nächsten Generation Gestaltungsspielräume.

Ich wünsche einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen des Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

Digitalisierungskosten transparent machen



Quelle: bundesregierung.de

Deutschland braucht – das steht außer Frage – eine umfassende Digitalisierungsoffensive. Sie ist aber nicht Selbstzweck. Sie kann auch nur erfolgreich sein, wenn sie bürokratischen Aufwand verringert, bei Nutzern wie Anwendern. Die CDU/CSU-Fraktion fordert deshalb jetzt in einem Antrag, bei allen steuerrechtlichen Vorhaben die Digitalisierungskosten offenzulegen. So können auch die finanziellen Einsparpotenziale transparent gemacht werden, die durch die IT-Umsetzung ermöglicht werden. Gleichzeitig kann verhindert werden, dass Verfahren aufgesetzt werden, die zu Mehrkosten bei Behörden wie Steuerpflichtigen führen.



Sebastian Brehm: „Wir ziehen mit dem Antrag auch die Konsequenzen aus der Kritik des Bunderechnungshofes, der dem früheren Bundesfinanzminister und

heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz bescheinigte, IT-Großprojekte nicht im Griff zu haben

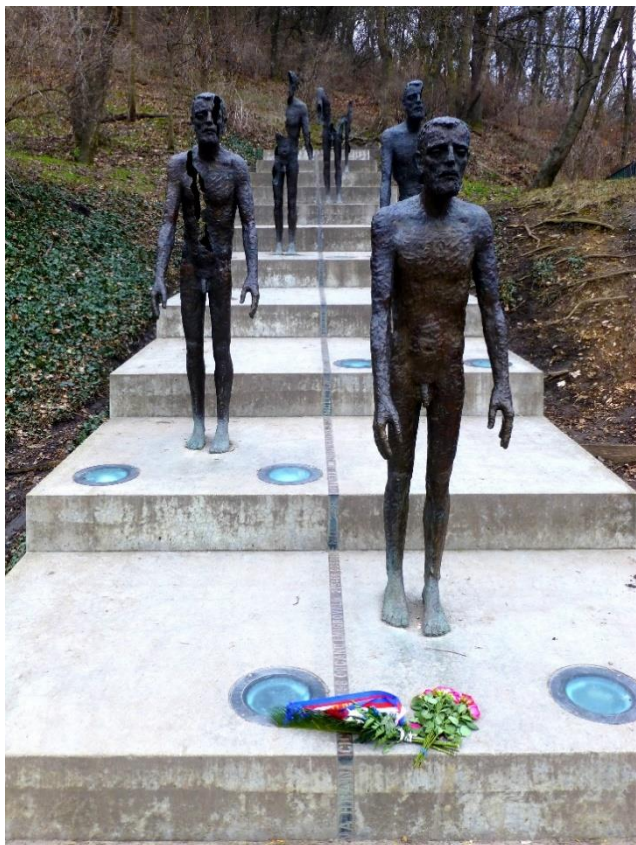
und stattdessen immer wieder Mittel vom Parlament nachzufordern, um die IT-Verpflichtungen zu erfüllen. Ich erwarte von der FDP, die in der vergangenen Wahlperiode immer wieder mit Nachdruck eine beschleunigte Digitalisierung verlangt hat, unsere Forderung unterstützt. Der aktuelle Bundesfinanzminister Christian Lindner steht hier in der Pflicht.“

An die Opfer des Kommunismus sichtbar erinnern

Die CDU/CSU-Fraktion drängt auf die zügige Errichtung des Mahnmals für die Opfer des Kommunismus. Der Bundestag hatte das Mahnmal bereits im Dezember 2019 beschlossen. Auch ein Konzept dafür liegt längst vor, ebenso die Vorschläge für den Standort des Mahnmals. Doch das Projekt stockt, weil der rot-grün-rote Berliner Senat seine Zustimmung zum Standort des Mahnmals immer wieder verzögert.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert von der Bundesregierung jetzt, eine Grundsteinlegung für das Mahnmal am 7. Juni 2023 – dem 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR – sicherzustellen. Dieser Tag soll auch Gedenktag für die Opfer des Kommunismus werden. Die Union sah sich auch deshalb zum Handeln gezwungen, weil die Ampelkoalition dieses Mahnmal nicht als Projekt in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hatte.

Die Ampelkoalition fühlte sich nach dem Unionvorstoß nun offenbar ertappt und legte einen eigenen Antrag vor. Darin sind jedoch weder ein



Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Prag

Quelle: wikipedia.org

Zeitplan für die Realisierung des Mahnmals noch ein Gedenktag für die Opfer des Kommunismus enthalten.

Sebastian Brehm: „Nahezu alle Länder im östlichen Europa haben zentrale Mahnmale für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Es ist höchste Zeit, dass auch in Deutschland an diese Opfer mit einem nationalen Denkmal angemessen erinnert wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass Rot-Grün-Rot in Berlin die Standortfestlegung blockiert.“

Baukindergeld - erfolgreich aber unerwünscht

Rund 300.000 Familien mit Kindern hat das Baukindergeld von 2018 bis 2021 zu bezahlbaren eigenen vier Wänden verholfen. Der Anteil der Fa-

milien mit Kindern, die ins Wohneigentum umzogen, hat sich in diesem Zeitraum vervierfacht. Nutznießer waren vor allem Familien mit unteren und mittleren Einkommen.

Doch die Ampelkoalition will das Erfolgsmodell nicht neu auflegen. Sie sprach in dieser Woche im Bundestag sogar von einem unsinnigen Programm ohne einen wirklichen Effekt. Eine mehr als fragwürdige Begründung, schaut man sich die Bilanz an. Denn nicht nur die Familien profitierten. Die Bauwirtschaft erhielt mehr Aufträge. Und selbst der Fiskus machte einen guten Schnitt. Ein Euro Fördermittel spülte dank der wirtschaftlichen Effekte 3,70 Euro in die Staatskasse.

Wie es nun weitergehen soll, mit der Wohneigentumsförderung für Familien, blieb im Bundestag unbeantwortet. Auch im gerade vorgelegten Etatentwurf findet sich kein Anhaltspunkt.

Schluss mit KfW-Förderung für Diebstahlschutz

Mit einem zinsgünstigen Kredit bis zu 50.000 Euro oder einem nicht rückzahlbaren Zuschuss von bis zu 1.600 Euro der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) können Eigentümer bislang den Einbruchschutz ihrer Immobilie verbessern. Dieses Instrument zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen soll nach dem Willen der rot-grünen Koalition auslaufen. Für dieses Jahr sollen noch einmal 35 Millionen Euro für das Programm bereitgestellt werden. Dann soll Schluss sein. Wer die Chance auf Fördergeld für einen besseren Einbruchschutz noch nutzen will, kann sich hier informieren: <https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilie/Einbruchschutz/>

Das Brehm.mobil kommt!



EINLADUNG

Das Brehm.mobil ist wieder unterwegs!
Mein Team und ich machen mit meinem mobilen
Bürgerbüro in Ihrer Nähe Station:

Kommen Sie am **Mittwoch, den 30. März 2022**
ab **16 Uhr bis 18 Uhr** nach Schoppershof auf
den „**Leipziger Platz**“ (90491 Nürnberg) auf eine
Tasse Kaffee oder leckeren Cappuccino vorbei.

Als Ihr Abgeordneter im Wahlkreis Nürnberg-Nord
beantworte ich Ihre Fragen und setze mich
für Ihre Anliegen ein. **Ich freue mich auf Sie.**

Ihr

Sebastian Brehm, MdB

CSU 
Näher am Menschen

V.i.S.d.P.: CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach, Jakobstraße 46, 90402 Nürnberg

Das Brehm.mobil kommt!

Das Brehm.mobil ist wieder unterwegs! Am 30. März 2022 stehe ich Ihnen von 16 Uhr bis 18 Uhr am Leipziger Platz in Nürnberg-Schoppershof für Fragen und Anliegen zu meiner Arbeit im Deutschen Bundestag zur Verfügung.

Nachdem das Brehm.mobil in den Wintermonaten leider coronabedingt pausieren musste, freue ich mich umso mehr, wieder meine mobile Bürgersprechstunde anbieten zu können und mit

Ihnen in den direkten Austausch treten zu dürfen. Mit meinem umgebauten Feuerwehrauto komme ich direkt zu Ihnen in den Stadtteil. Schließlich ersetzt nichts den persönlichen Austausch! Wie immer gibt es für Sie kostenlos, eine Tasse Kaffee oder einen leckeren Cappuccino!

Sollten Sie vorab bereits Fragen zu meiner parlamentarischen Arbeit haben, können Sie mir diese gerne per E-Mail zukommen lassen unter:

sebastian.brehm@bundestag.de.

Ich freue mich auf Sie!

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.